

- Unerträglich ist die atomare Aufrüstung Westdeutschlands.
- Unerträglich ist die verständigungs- und entspannungsfeindliche Haltung der westdeutschen Regierung.
- Unerträglich ist die Preisgabe der nationalen Interessen des deutschen Volkes durch die von den westdeutschen Imperialisten Unterzeichneten Pariser Verträge.
- Unerträglich ist die fremdländische Besatzung in Westdeutschland und in Westberlin, durch die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes mit Füßen getreten wird.
- Unerträglich ist die Herrschaft der Militaristen und Revanchisten im Bonner Staat.

Das sind die Quellen, die die internationalen Spannungen nähren und die einer Annäherung der beiden deutschen Staaten entgegenstehen.

Im vergeblichen Bemühen, ihre abenteuerlichen außenpolitischen Ziele zu rechtfertigen, maßen sich die westdeutschen Ultras an, ihre Auffassungen von „Recht“ und „Unrecht“ über alle gültigen internationalen Rechtssätze zu stellen. In Nichtachtung der Realitäten und zwischenstaatlichen Verpflichtungen wird nach der alten Praxis des deutschen Imperialismus all das zu „Unrecht“ erklärt, was der Politik der Revanche und der Aufrüstung im Wege steht.

Für den deutschen Imperialismus gab es nie rechtmäßige Grenzen oder eine rechtmäßige staatliche Ordnung in den Staaten, die er zu erobern trachtete. Die Folgen derartiger „Rechtsauffassungen“ sind bekannt. Es sollte alle Völker und Staaten aufmerksam machen, daß diese, jedes geltende Recht mißachtende „Rechtsauffassung“ nach wie vor in Westdeutschland vertreten wird.

Ein Beweis dafür ist die unbewältigte faschistische und militaristische Vergangenheit in Westdeutschland. Deshalb ist es schon lange höchste Zeit, Gestapoleute, Blutrichter, Hitlergenerale und andere an der faschistischen Gewalt Herrschaft aktiv Beteiligte von den Schalthebeln des imperialistischen Machtapparates zu entfernen. Angesichts dessen ist es eine Verhöhnung aller Opfer des deutschen Volkes unter der Hitler-Herrschaft, daß Vertreter dieses Unrechtstaates die Ruine des Reichstages, dessen Brand zum Fanal des Terrors und des Angriffskrieges wurde, für